

Blick über das idyllische Thun – die Schweiz liegt im Korruptionswahrnehmungsindex (CPI) auf Platz 4, dennoch gibt es mit Blick auf die Korruptionsbekämpfung noch viel zu tun.



VORSTELLUNG NATIONALER CHAPTER: TRANSPARENCY SCHWEIZ

„Dass die Bevölkerung mehr Transparenz bei der Politikfinanzierung konsequent befürwortet, lässt hoffen“

Der Jurist **Martin Hilti** ist seit dem Jahr 2015 Geschäftsführer von Transparency Schweiz. Im Gespräch mit dem Scheinwerfer spricht er über Hoffnungsschimmer und herbe Rückschläge bei der Korruptionsbekämpfung in der Schweiz.

INTERVIEW: JONATHAN PETERS

An welchen Projekten und Themen arbeitet Transparency Schweiz derzeit?

Transparency Schweiz setzt sich gemäß ihrer Strategie konsequent thematische Schwerpunkte. Diese umfassen die Themen Lobbying und Politikfinanzierung, Geldwäschereiprävention und -bekämpfung, Korruptionsprävention und -bekämpfung in der Privatwirtschaft im Allgemeinen sowie einen besseren Schutz von Whistleblowerinnen und Whistleblowern.

Gibt es ein Projekt, das Ihnen in den Sinn kommt, auf dessen Umsetzung Sie persönlich besonders stolz sind?

Letztes Jahr veröffentlichten wir einen umfangreichen Bericht zum Thema Lobbying in der Schweiz. Der Bericht hat breite Aufmerksamkeit erlangt und ist in diesem Themenbereich zu einem Referenzwerk geworden. Auch die Politik hat in der Zwischenzeit reagiert. Eine Nationalrätin hat einen Vorstoß eingereicht

zu einer unserer Kernforderungen im Bericht: Die Öffentlichkeit sollte den legislativen Fußabdruck einer Vorlage kennen, sprich sollte wissen, wer, wann, bei wem, inwiefern auf ein Gesetz Einfluss genommen hat.

In einem Interview mit der Berner Zeitung Der Bund haben Sie kürzlich mit Blick auf politische Transparenz gesagt: „Im weltweiten Vergleich reiht sich die Schweiz zwischen China und Nordkorea ein.“ Das klingt dramatisch. Gibt es Hoffnung auf Fortschritt?

In der Tat ist die Schweiz bei der Transparenz der Politikfinanzierung im internationalen Vergleich weit abgeschlagen. Auf nationaler Ebene fehlt eine entsprechende Regelung gänzlich, was natürlich höchst bedenklich ist und schlecht in das Selbstbild passt, eine Musterdemokratie zu sein. Bundesrat und Parlament weigerten sich während den letzten Jahren aber konsequent, diese

Situation zu ändern. Drei Kantone (Genf, Tessin und Neuenburg) kennen demgegenüber gewisse Bestimmungen zur Transparenz der Politikfinanzierung und während den letzten zwei Jahren hatte die Bevölkerung von drei weiteren Kantonen (Freiburg, Schwyz, Schaffhausen) und der Stadt Bern dank entsprechenden Volksinitiativen die Gelegenheit, über das Thema abzustimmen. Alle Vorlagen für die Herstellung von Transparenz wurden an der Urne angenommen. Dass die Bevölkerung mehr Transparenz bei der Politikfinanzierung konsequent befürwortet, lässt hoffen, dass wir auch bald auf nationaler Ebene weiterkommen.



Martin Hilti

Wie bewerten Sie die derzeit von Stände- sowie Nationalrat debattierte Initiative „Für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung“? Könnte die Initiative spätestens bei einer Volksabstimmung von Erfolg gekrönt und umgesetzt werden?

Bei dieser Initiative handelt es sich um eine nationale Volksinitiative, die Transparenz über die Finanzierung der politischen Parteien, Wahlen und Abstimmungen schaffen möchte. Bundesrat und Parlament tun sich weiterhin schwer mit diesem Anliegen. Der Bundesrat empfiehlt der Bevölkerung und den Ständen die Ablehnung der Initiative. Das Parlament diskutiert derzeit zwar einen möglichen Gegenterwurf – eine Alternative zur Volksinitiative, die im Unterschied zur Volksinitiative nicht auf Verfassungs-, sondern auf Gesetzesstufe angesiedelt wäre. Der Entwurf wird allerdings gerade derart verwässert, dass er zur Makulatur zu verkommen droht. Folgerichtig ist deshalb das Instrument der Volksinitiative. Angesichts der kantonalen Erfolge stehen die Chancen gut, dass die Schweizer Bevölkerung auch zu einer nationalen Regelung ja sagen wird. Treibende Kraft hinter der Initiative ist ein breit abgestütztes Bündnis, vorwiegend bestehend aus politischen Parteien sowie Transparency Schweiz.

Die Schweiz wird regelmäßig in Verbindung mit „Illicit Financial Flows“ gebracht. Das „FinCEN-Leak“ hat das Thema Geldwäsche jüngst auch in der Schweiz wieder verstärkt in den Blick der Öffentlichkeit gerückt. Wie kann dieses Problem, Ihrer Meinung nach, an der Wurzel gepackt werden? Welche Rolle spielen dabei Maßnahmen wie die Rückführung von Vermögenswerten, sogenannte „Asset Recovery“?

Zwar konnte die Schweiz bei der Geldwäschereibekämpfung während den letzten Jahren Fortschritte erzielen. Weiterhin hat sie allerdings große Baustellen und hinkt dem internationalen Minimalstandard zur Geldwäschereibekämpfung in wichtigen Bereichen hinterher. Das Land zahlt dafür einen hohen Preis: Weiterhin sind in die Geldwäschereiskandale von internationalem Ausmaß regelmäßig Schweizer Akteure involviert, was dem Ansehen der Schweiz – zu Recht – schadet. Leider fehlt in der Schweiz aber der politische Wille für gründliche Maßnahmen. Hätten wir diese Maßnahmen, würden sich auch Fragen zur Rückführung von Vermögenswerten erübrigen, weil diesfalls gar nicht erst Vermögenswerte illegaler Herkunft ihren Weg in die Schweiz fänden.

Am 5. März dieses Jahres haben Sie eine Pressemitteilung unter dem Titel „Pechschwarzer Tag für Whistleblowerinnen und Whistleblower“ veröffentlicht – was ist passiert?

Das Schweizer Parlament hat die Revisionsvorlage für einen besseren gesetzlichen Schutz von Whistleblowerinnen und Whistleblowern nach 15-jähriger Arbeit und mehrfachem Hin- und Her zwischen den beiden Kammern sowie zwischen dem Parlament und dem Bundesrat beerdigt. Damit ist ein besserer gesetzlicher Schutz dieser für die Aufdeckung von Korruption so wichtigen Personen wohl für Jahre vom Tisch.

Transparency folgt ja seit jeher dem Grundsatz, im Kampf gegen Korruption Koalitionen und Partnerschaften zu bilden. Wie sieht es in der Schweiz aus?

Transparency Schweiz setzt auf Kooperation mit anderen Akteuren und arbeitet deshalb eng zusammen mit Politik und Verwaltung, mit anderen NGOs und mit der Wirtschaft. Ausdruck dieses Ansatzes bildet die Möglichkeit, dass Unternehmen, NGOs und Verwaltungseinheiten Mitglied von Transparency Schweiz werden können. Für diese Mitglieder organisiert Transparency Schweiz mehrmals jährlich Veranstaltungen.

